

Parlamentarismus in Asien Vorstellung eines Forschungsprojekts

Patrick Ziegenhain

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Ausarbeitung einer englischsprachigen vergleichenden Parlamentsstudie zu Asien initiiert und damit das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg beauftragt. Zur dortigen Arbeitsgruppe gehören Prof. Dr. JÜRGEN RÜLAND, CLEMENS JÜRGENMEYER, M.A. und PATRICK ZIEGENHAIN, M.A. Zusätzlich ist mit Dr. MICHAEL NELSON ein in Bangkok ansässiger Experte beteiligt. Untersucht wurden dabei die Parlamente in fünf asiatischen Demokratien: Indien, Thailand, Philippinen, Indonesien und Südkorea. Es handelt sich hierbei um zwei parlamentarische, ein semi-präsidentielles sowie zwei präsidentielle Regierungssysteme. Ziel der Untersuchung ist es, den Beitrag dieser Parlamente zur politischen Willensbildung, zur Demokratisierung und zur Konsolidierung der Demokratie aus vergleichender Perspektive herauszuarbeiten.

Da die Publikation noch in Bearbeitung ist, können hier noch keine Forschungsergebnisse präsentiert werden, jedoch sollen mit einem Problemaufriß die Thematik sowie theoretische Vorüberlegungen kurz vorgestellt werden.

In politikwissenschaftlichen Studien zur Demokratisierung in Asien spielt das Parlament weitgehend nur eine Nebenrolle. Allerdings kann im Zuge der Demokratisierung in vielen asiatischen Staaten von einer zunehmenden Emanzipation nationaler Parlamente gesprochen werden. Die vorgesehene Studie möchte diesen Widerspruch thematisieren und die bestehenden politikwissenschaftlichen Forschungslücken zu asiatischen Parlamenten verkleinern.

Regierungsform

Die Demokratisierungsprozesse in Asien zeigten bei all den nachhaltigen Veränderungen aber auch, daß es vielen Staaten nicht gelungen ist, die Demokratie zu konsolidieren, was sich unter anderem durch institutionelle Defizite ausdrückt. Angesichts von politischen Krisen entstanden intensive Verfassungsdebatten, in denen es oft um die Kernfrage nach der Stellung des Parlaments im politischen System ging. So löste das gescheiterte *Impeachment*-Verfahren gegen den philippinischen Präsidenten ESTRADA und seine anschließende, verfassungsrechtlich fragwürdige Amtsenthebung durch das Oberste Gericht bei vielen Filipinos große Zweifel aus, ob die Präsidentialverfassung überhaupt in der Lage ist, leistungsfähiges Führungspersonal hervorzubringen. Zumindest wurde ihr die Fähigkeit abgesprochen, rasch und ohne allzu hohe politische Kosten einen korrupten und inkompetenten Staatschef abzulösen und zu ersetzen. Nur wenige Monate später hat auch in Indonesien die Amtsenthebung von Präsident ABDURRAHMAN WAHID das Augenmerk der politisch interessierten Öffentlichkeit auf die Regierungsform gelenkt. Gleiches gilt für Südkorea, wo der Präsident nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen seinen Wiedervereinigungsminister im September 2001 seine Mehrheit im Parlament verloren hat. Selbst in Indien wird von Zeit zu Zeit über grundlegende Verfassungsreformen nachgedacht. Anders als in den Philippinen und Südkorea, wo

man über die Einführung parlamentarischer Systeme diskutiert, kreisen in Indien und Indonesien die Überlegungen eher um eine präsidentiale Verfassung.

Inklusivität und Effektivität

Die Regierungsform ist für das Funktionieren eines Parlaments allerdings bestenfalls eine notwendige Bedingung. Mindestens ebenso wichtig ist, in welcher Weise das Parlament dazu beizutragen vermag, die sozialstrukturellen Zerklüftungen einer Gesellschaft durch Beteiligung an der politischen Willensbildung (Inklusivität) integrativ aufzulösen. Dies gilt namentlich für asiatische Gesellschaften, die in der Regel durch einen hohen Grad an ethnischer, religiöser, linguistischer und sozio-ökonomischer Heterogenität gekennzeichnet sind. Nach LIJPHART¹ sind konsensuale Demokratien dazu besser in der Lage als majoritäre Demokratien. Oder anders formuliert: Konsensuale Demokratien stehen für einen höheren Grad an Inklusivität. Inklusivität indes steht in direktem Wirkungszusammenhang mit Legitimität. Inklusiv Regime beteiligen viele gesellschaftliche Kräfte an der Machtausübung, sie erlauben die Aushandlung von Entscheidungen auf der Grundlage breitenwirksamer Kompromisse und vermeiden damit jene „*the winner takes all*“-Konstellationen, die aus politischen Konflikten Nullsummenspiele werden lassen. Maximalziele mögen auf diese Weise zwar nicht realisierbar sein, langfristig jedoch dürften inklusive politische Institutionen mehr Le-



Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Demokratieförderung eine zentrale Größe. Da Parlamente institutioneller Ausdruck der Volkssouveränität und elementarer Bestandteil jeder demokratischen Ordnung sind, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits seit langem in der Parlamentsförderung in Entwicklungsländern beteiligt.

gitimität erzeugen als solche, die unilaterale, breite Bevölkerungsgruppen ausschließende Problemlösungen begünstigen. Dies freilich verhindert nicht, dass inklusive politische Institutionen nicht oft in einem Spannungsverhältnis von Legitimität und Effektivität stehen. Effektivitätsmindernd wirken dabei die zumeist langen Entscheidungsprozesse. Der dadurch erzeugte Legitimitätsverlust kann allerdings durch geringeren Widerstand in der Implementierungsphase wieder wettgemacht werden. Ein Höchstmaß an Legitimität ist dabei dann gegeben, wenn es gelingt, einen möglichst optimalen Gleichgewichtszustand zwischen Inklusivität und Effektivität herzustellen.

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorgesehene Studie der Frage nachgehen will, inwieweit das jeweilige Regierungssystem den Beitrag des Parlaments zur Demokratisierung beeinflusst, und ob sich die Parlamente in unterschiedlichen Regierungssystemen in Hinblick auf ihre Inklusivität differenzieren lassen.

Die Arbeitsgruppe im Arnold-Bergstraesser-Institut hat bereits beträchtliche Teile der notwendigen Recherchen und Analysen erarbeitet und rechnet damit, Ende 2002 die Studie bei einem renommierten südostasiatischen Verlag in englischer Sprache publizieren zu können.

Die Publikation soll sich somit nicht nur an ein politikwissenschaftlich vorgebildetes Publikum im Westen richten, sondern auch Diskussionen in Asien anregen. Derzeit wird erwogen, die Publikation auf einer Tagung in der Region Südostasien zu präsentieren und zu diskutieren. Hiermit könnte die kritische Analyse des gegenwärtigen Parlamentarismus in Asien einen wertvollen Beitrag zur Demokratieförderung in der Region leisten.

¹ARNED LIJPHART: *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven/London, 1984

Patrick Ziegenhain M.A. (p.ziegenhain@web.de) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg.